

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 61 (1967)
Heft: 12

Artikel: Weltrundschau : Rückblick und Ausblick ; Der Kampf um Israel ; Griechisches Spiel mit dem Feuer ; Auf falschen Wegen ; Revolution gestern... ; ...und heute
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141325>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

denkt, wohin eine solche bestialische Kriegführung bei den Menschen, die sie anwenden, führen muss, bedauert man, dass die christlichen Kirchen sich kaum über die Methoden der Kriegführung informiert haben; sie müssten sich doch als erste für die Respektierung der Genfer und der Haager Konvention verantwortlich wissen.

Der zweite Teil «*Der Staat Israel und die Araber*» besteht aus einem Aufsatz Gollwitzers aus dem Jahre 1963 und einem *Nachtrag* nach der Nahostkrise des Sommers 1967. – Der Zeitpunkt des Vortrages über Vietnam brachte es mit sich, dass der Referent auch zu den Ereignissen im Nahen Osten Stellung nahm. Dies Wort war aber augenblicksbedingt. Dafür bietet der vorliegende Text in seiner Sachlichkeit eine wertvolle Grundlage zur Auseinandersetzung mit dem Junikonflikt. Gollwitzer sieht eine Hoffnung in der Verfolgung von Zielen, die Israel und den Arabern nützen, was zur Bildung eines nahöstlichen Commonwealth führen würde, in dem die Staatsgrenzen immer bedeutungsloser werden. So wird erreicht werden, «was die besten Araber an die Stelle des Staates Israel setzen wollen und was den besten Zionisten immer vorgeschwebt hat: die jüdisch-arabische Kooperation im Vorderen Orient, aus der alle Beteiligten den grössten Nutzen ziehen werden.» B. W.

WELTRUNDSCHAU

Rückblick und Ausblick Manche unter uns Beobachtern der Zeitgeschichte, die wir neuer Himmel und einer neuen Erde harren, in denen Gerechtigkeit und Friede wohnt, werden im Rückblick auf das scheidende Jahr 1967 finden, dass es uns wenig Anlass zu Hoffnungen für 1968 gebe. Wir haben in den vergangenen zwölf Monaten tatsächlich wenig Weltereignisse erlebt, die einen sich nähernden Durchbruch zu einem Reich sozialer Gerechtigkeit und friedlichen Zusammenlebens der Völker verheissen. Der Fortschritt auf dieser Linie war oft gering, der Rückschritt aber zuweilen schmerzlich und gross, denken wir nur etwa an Griechenland und Indonesien. Aber gerade in diesen beiden Ländern ist das letzte Wort ja noch längst nicht gesprochen. Noch ist dort alles erst im Werden – und ähnlich steht es sozusagen allerwärts, wohin wir auch schauen. Überall sind es ungelöste Fragen, die sich den Völkern stellen, die aber doch zur Lösung drängen. Überall stossen wir auf unfertige, nur *vorläufige*, auf die Länge unhaltbare Zustände, von denen kein Mensch glaubt, dass sie schliesslich nicht in Ordnungen von verhältnismässiger Dauerhaftigkeit und Erträglichkeit übergeführt werden müssten und auch könnten. So ist es beispielsweise mit dem tollen Wettrüsten, mit dem Krieg in Vietnam, mit den revolutionären Zuckungen Chinas, mit dem Hungerproblem Indiens, mit den «Kinderkrankheiten» Afrikas und dem Elend der lateinamerikanischen Völker. Nur vorläufig ist gewiss auch der heutige Zustand Deutschlands, Frankreichs, Englands, Italiens; Unfertigkeit kennzeichnet ganz offenkundig die Wandlungen, die im Sowjetblock vor sich gehen, aber auch das vielberufene «Malaise», an dem unsere im Wohlstand erstickende, sich in Selbstzufriedenheit sonnende, unsinnigen Landesverteidigungsphantasien nachjagende Schweiz leidet. Wir weigern uns einfach, all diese Torheiten und Verkrustungen als irgendwie auf Dauer angelegt anzuerkennen. Und wenn wir auch noch nirgends zu sehen vermögen, wie

die Provisorien abgelöst werden könnten, mit denen wir uns herumschlagen müssen, so ahnen wir doch hinter ihnen einen Plan des Weltenlenkers, der nicht will, dass dieses winzige Sandstäubchen, das wir unsere Erde heissen, vergehe, ohne dass zuvor das Erlösungswerk an der Menschheit vollbracht wäre. Darum nur kein Erschrecken über «das Toben der Heiden und das eitle Sinnen der Völker»; der im Himmel thronet, lacht, der Allherr spottet ihrer».

Freilich – und da haben die Schwarzseher schon recht –, so gemächlich-entwicklungsmässig geht es mit den «endgültigen» Lösungen der Völkerfragen nicht, wie es ein oberflächlicher Fortschrittsglaube wünscht. Es geht ganz sicher durch Gerichte, Zusammenbrüche und Krisen aller Art hindurch, im Kleinen wie im Grossen. Auch wo, wie beim Lebenskampf Israels, im ablaufenden Jahr eine Vorentscheidung gefallen ist, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, muss die folgerichtige Dauerregelung erst noch erstritten werden. So auch bei den grossen sozialen und politischen Revolutionen, die sich, von Russland und China ausgehend, nur mühsam durchsetzen werden und immer von Verflachung und Verfälschung bedroht sind. Und namentlich im Kampf um die Sicherung eines wirklichen Weltfriedens. Hier wächst die Gefahr des Umschlags der Kernwaffenkonkurrenz in einen allgemeinen Vernichtungskrieg mit jedem Jahr. Ein jüngster Bericht des Generalsekretariates der UNO an die Vollversammlung der Vereinten Nationen unterstreicht von neuem die fast weltuntergangsmässigen Wirkungen eines umfassenden Einsatzes von Kernwaffen. Eine einzige über New York aus 3000 Metern Höhe abgeworfene 20-Megatonnen-Bombe würde danach schätzungsweise sieben Millionen Menschenleben fordern. Und es gibt Hunderte solcher Bomben – von den kaum weniger grauenhaften Vorbereitungen der Grossmächte auf einen Krieg mit biologischen und chemischen Waffen nicht zu reden! Dabei sind die Gelehrten und Techniker der hier «führenden» Staaten eifrig beschäftigt, immer neue, immer wirksamere und unverwundbarere Raketen- und Antiraketensysteme zu entwerfen, die auch den offenen Weltraum in ihren Bereich ziehen sollen.

Was Wunder, dass U Thant, der oberste UNO-Beamte, sich im vergangenen Mai geäussert hat, er fürchte, dass «der einleitende Abschnitt des Dritten Weltkrieges bereits begonnen» habe! Er hatte dabei vor allem die Möglichkeit im Auge, dass der *Vietnamkrieg* durch eine immer höher getriebene Steigerung und Ausweitung seiner Schrecken über kurz oder lang doch zum Zusammenstoss Amerikas mit China und dann auch mit der Sowjetunion führe, mit allen daraus folgenden Kettenwirkungen über die Welt hin. Tatsächlich scheint denn auch die Kriegführung der Vereinigten Staaten, einer inneren Gesetzmässigkeit folgend, immer hemmungsloser zu werden und dem Zeitpunkt näher zu rücken, da ein verzweifertes Nordvietnam doch das Eingreifen Chinas begehren könnte, das ihm grundsätzlich schon längst versprochen ist. Auf einen Umschwung in den Vereinigten Staaten ist für eine absehbare Zukunft eben nicht zu rechnen, auch nicht auf andere Kräfte, die dem Gemetzel und Zerstörungswahnsinn in Vietnam ein Ende machen könnten. Es sieht wirklich so aus, als bleibe der ganze weltweite Protest gegen das amerikanische Kriegsverbrechen einfach frucht-

los – auch wenn er Formen annimmt wie die sich wiederholende Selbstverbrennung todesmutiger Einzelmenschen. Der letzte Fall dieser Art ereignete sich am 11. November, als sich vor der Amtswohnung des japanischen Ministerpräsidenten Sato, der nach Amerika zu reisen im Begriff stand, ein 73jähriger Mann mit Benzin übergoss und anzündete. Einem Privatbrief von Professor Shingo Shibata, der sich um die Ehrung des Andenkens an unsere Alice Herz und die Verbreitung ihres Gedankengutes so grosse Verdienste erworben hat, entnehme ich, dass Tadanoshin *Yui* aus Yokohama – so heisst der Mann, der den Opfertod wählte, um gehört zu werden – ein alter Pazifist (und Esperantist) war, der Mitgefühl für Alice Herz bekundet und einer Versammlung zugunsten der Alice-Herz-Gedächtnis-Stiftung vom 25. März 1967 in Tokio beigewohnt hatte.

Man kann sich schwer vorstellen, wie der Vietnamkrieg weiter- und ausgehen wird. Werden Nordvietnam und der Vietkong unter den mitleidlosen Schlägen der so gewaltig übermächtigen amerikanischen Armee zusammenbrechen, wenn auch ohne förmlich zu kapitulieren? Das wäre für die Amerikaner das Schlimmste. Wird die Regierung von Hanoi in Washington verbindlich wissen lassen, dass sie zu «Verhandlungen» – das heisst zur Unterwerfung unter die amerikanischen Bedingungen – bereit sei, wenn vorher der Luftkrieg eingestellt würde? Damit würde sie wenigstens einigermassen das Gesicht wahren. Oder wird der Vietnamkrieg wirklich in einen neuen Weltkrieg einmünden? Vielleicht wissen wir in einem Jahr mehr darüber. Auf jeden Fall tritt das kommende Jahr auch von Südostasien her gesehen eine Erblast an, die loszuwerden eine der schwersten Aufgaben für alle Beteiligten sein wird. Und sind nicht wir allesamt Beteiligte – und Mitschuldige – an diesem Ausrottungskrieg, der im Namen der Freiheit und des Völkerrechts von einer der grössten Weltmächte gegen ein kleines Völklein geführt wird, das sich endlich einmal selbst regieren will, ohne fremde Einmischung, am wenigsten von seiten einer Macht, die sich selber zum Gendarmen der gegenrevolutionären Welt ernannt hat?

Der Kampf um Israel

Auch die *Nahostfrage* gibt das alte Jahr an das neue weiter. Die Stellungen auf beiden Seiten – im israelischen wie im arabischen Lager – sind ja im Grund auch während der letzten Wochen völlig starr geblieben. Daran wird die vom Sicherheitsrat der UNO einstimmig angenommene Kompromissresolution schwerlich viel ändern. Sie erlaubt zwar, einen Vertreter des Generalsekretärs nach dem Nahen Osten zu entsenden, der sich um die Einleitung von Friedensverhandlungen bemühen soll. Aber die Auffassungen von den Bedingungen, die die beiden Parteien für den Abschluss eines Friedensvertrages stellen, gehen vorderhand so weit auseinander, dass von einem nahen Ausgleich nicht die Rede sein kann. Israel verlangt nach wie vor «reale», also *machtmässig unterbaute Garantien* für seinen Weiterbestand und will die Gebietspfänder, die es durch den Krieg gewonnen hat, nur herausgeben, wenn ihm diese Garantien ganz zuverlässig geboten werden. Was man aber auf arabischer Seite von einer solchen hieb- und stichfesten

Gewährleistung des israelischen Daseins denkt, geht aus der jüngsten Rede Nassers nur allzu klar hervor, erklärte der ägyptische Diktator doch, dass er niemals mit Israel verhandeln, niemals es rechtlich anerkennen, niemals den Suezkanal für israelische Schiffe freigeben werde. Hinter Ägypten (und den anderen arabischen Staaten) steht zudem die *Sowjetunion*, die sich ganz auf die Ausschaltung Israels als eines «Werkzeuges der westlichen Imperialisten» festgelegt hat und als erste Friedensbedingung die Wiederherstellung des Zustandes vor dem 5. Juni 1967 erklärt. Die Meinung ist dabei natürlich die, dass dann die arabischen Staaten dank den massiven Waffenlieferungen Moskaus mit Erfolg das Werk der Vernichtung Israels wiederaufnehmen könnten, das zum grossen Ärger auch der Sowjetregierung durch den Gegenschlag Israels so gründlich vereitelt wurde...

Aber auch wenn man gemäss der kommunistischen Machtpolitik und dem asiatisch-afrikanischen Antikolonialismus Israel verurteilen wollte, so hiesse das keineswegs, dass man dann auch genötigt wäre, zugunsten des allarabischen Nationalismus die Wehrlosmachung und Auslöschung des israelischen Staatswesens zu unterstützen. Das ist in der Tat der Standpunkt, den die *New Yorker «Monthly Review»* (Oktoberheft) einnimmt. Ihre beiden Redaktoren, Paul Sweezy und Leo Huberman, beschuldigen zwar – wie es so viele Linkssozialisten unter dem Einfluss der kommunistischen Propaganda mit ihrer gedankenlosen Anwendung des Begriffes Imperialismus gleichfalls tun – den Staat Israel des stillen Einverständnisses mit dem westlichen Imperialismus. Nicht dass Israel – so schreibt Sweezy – ein Werkzeug des Imperialismus wäre, eine «blosse Puppe» in den Händen etwa der Vereinigten Staaten oder anderer imperialistischer Mächte; es verfolge vielmehr seine eigenen Interessen, spiele aber «im Mittelosten eine Rolle, welche die imperialistischen Mächte als in ihrem eigenen Interesse liegend betrachten», und habe sich «auf die Aufrechterhaltung einer schwachen und geteilten arabischen Welt festgelegt».

Ich halte dieses Urteil für falsch und oberflächlich, schon darum, weil die Vormacht des westlichen Imperialismus, Nordamerika, nichts Wirksames getan hat, um Israel vor der Vernichtung durch das vereinigte Arabertum zu retten, was sie doch hätte tun müssen, um sich diesen so wichtigen «Vorposten des Imperialismus» (Huberman) auch für seine künftige Nahostpolitik zu sichern, und weil ausgesprochene Puppen des Ölkapitalismus im Lager des arabischen Nationalismus stehen. Aber lassen wir das einmal auf sich beruhen und stellen wir fest, dass die «*Monthly Review*» gerade die Aufrichtung einer Einheitsfront der arabischen Nationalisten und ihre auf Vernichtung Israels gerichtete Kampfführung für ein verfehltes und aussichtsloses Unternehmen erklärt. Die Araber, so lesen wir da, müssten vielmehr erkennen, dass ihre grosse Aufgabe *die sozialistische Revolution im Mittelosten* sei, die einen allgemeinen Volkskrieg gegen Kapitalismus und Imperialismus fordere. Das bedeute aber «die Anerkennung des endgültigen Misserfolges und damit der notwendigen Preisgabe des Versuches, Israel vermittelst eines konventionellen Krieges zu besiegen, der von einem Bund arabischer Staaten geführt wird ... Sobald anerkannt wird, dass der

wirkliche Feind der arabischen Revolution nicht nur, oder auch nur hauptsächlich, Israel ist, sondern der Imperialismus in stillschweigendem Bund mit Israel, dann ändert sich der ganze Ausblick.» Dann würden alle Teilnehmer des Bundes gegen die arabische Revolution mehr oder weniger gleichzeitig angegriffen werden, «eingeschlossen natürlich die arabischen Oberklassen, die wie ihr Gegenstück in der übrigen Dritten Welt die örtlichen Geschäftsführer, Vollstrecker und Henker des Imperialismus sind» (Sweezy).

Noch schärfer erklärt Huberman: «Der Hauptfeind der arabischen Massen (ist) nicht Israel, sondern ihre eigenen feudalen, reaktionären, bürokratischen Regierungen, die sie ausbeuten, und der westliche Imperialismus, der sie ihres Reichtums beraubt.» Auch vor Nasser müsse gewarnt werden: «Nasser ist nicht Fidel Castro, und sein Ägypten ist kein mittelöstliches Kuba; auch Syrien ist es nicht, trotz den sozialistischen Kundgebungen seiner Linkspartei. Was die anderen arabischen Staaten betrifft, die sich dem Vernichtungskrieg gegen Israel angeschlossen haben, so sind sie nicht *gegen*, sondern für den Imperialismus.» Die Feudalmonarchien des Nahen Ostens hätten eben allen Grund gehabt, Israel als den grossen Feind des Arabertums hinzustellen, um sich selber an der Macht zu halten. «Und die arabischen Revolutionäre sind in die Falle gegangen... Es mag recht wohl sein, dass meine eigenen Anschauungen über den arabisch-israelischen Konflikt durch den Umstand beeinflusst sind, dass ich Jude bin. Aber ich bin eben auch Sozialist, und wenn ich auch in der sozialistischen Lehre viel finden kann, das die Zerstörung des Imperialismus stützt, so kann ich darin doch nichts finden, was die Auslöschung eines Staates und die Vernichtung seines Volkes verlangt.»

Das ist klar. Es deckt sich, wie die Leser wissen, weiterhin mit der Auffassung, die ich hier seit langem über die wesentliche Aufgabe von Israelis und Arabern vertrete: zusammenstehen im Kampf gegen die Armut und Not der vorderasiatischen Völker (was den Kampf gegen allen Kapitalismus und Imperialismus einschliesst) – in diesem Kampf, der allein die Opfer und Anstrengungen wert ist, die jetzt auf beiden Seiten für den Krieg zwischen dem arabischen Nationalismus und dem jüdischen Volksstaat aufgewendet werden. Bei den Äusserungen, die ich aus der New Yorker Zeitschrift angeführt habe, bleibt es freilich unklar, ob ihre Redaktoren den *jüdischen* Charakter des Staates Israel aufrechterhalten wissen wollen. Für mich ist es selbstverständlich, dass Israel nur als jüdische Zentral- und Heimstätte einen Sinn hat, nicht als ein Staat, in dem auch Juden wohnen können, der aber unvermeidlich von Arabern überflutet würde, sobald seine Grenzen unterschiedslos für alle Einwanderer geöffnet würden. Auf jeden Fall ist der jüdische Charakter Israels durchaus mit seiner Aufgabe im Kampf für einen sozialistischen Orient vereinbar. Ja, der Auftrag an Gesamtisrael, Hort der Gerechtigkeit und des Friedens in der ganzen Welt zu sein, fände gerade in solchem Kampf eine Erfüllung, die den grossartigsten Visionen seiner Propheten nahekäme.

Griechisches Spiel mit dem Feuer Inzwischen sind Mitte November plötzlich die Kriegsflammen aus einem anderen alten Brandherd wieder hervorgebrochen: aus Zypern. Der Vorstoss griechisch-zypriotischer Streitkräfte gegen zwei türkische Dörfer ist zwar sofort abgeblasen worden, als die türkische Regierung mit militärischem Eingriff gegen dieses vertragswidrige Unternehmen drohte. Aber der Zwischenfall hat die Welt neuerdings daran erinnert, dass auch die Zypernfrage noch immer ungelöst ist und gefahrenschwanger zwischen Griechenland und der Türkei steht. Würde Zypern sich selbst überlassen, so könnte sich wohl allmählich ein Zustand entwickeln, der bei fort-dauernder nationaler Unabhängigkeit des Inselstaates ein friedliches Nebeneinanderleben der beiden Volksgruppen – der griechischen Mehrheit und der türkischen Minderheit – sichern würde. Aber offenbar hält die Athener Regierung an der Einverleibung Zyperns in Griechenland noch hartnäckiger fest, seit sie in die Hand der Offiziersgruppe geraten ist, die im vergangenen Frühjahr dank ihrem gelungenen Staatsstreich eine brutale *Militärdiktatur* aufzurichten begonnen hat. Der Hintergrund der jüngsten Vorfälle auf Zypern ist zwar bisher noch nicht aufgeklärt worden, aber die Annahme liegt nahe genug, dass die Athener Machthaber von ihren inneren Schwierigkeiten durch ein aussenpolitisches Abenteuer ablenken wollten, so selbstmörderisch es auch hätte ausgehen können, wenn die Türkei die Herausforderung durch den Handstreich des Generals Grivas mit einem Gegen-schlag beantwortet hätte.

Wie dem auch sei – das Diktaturregiment in Griechenland kämpft jedenfalls um sein Leben. Es hat nach den zuverlässigsten Berichten, die darüber ins Ausland gedrungen sind, den grössten Teil der Bevölkerung gegen sich. An rücksichtsloser Entschlossenheit, jeden Widerstand schon im Keim zu ersticken, fehlt es ihm gewiss nicht. Von den 40 000 Personen, die unmittelbar nach dem 21. April verhaftet worden sein sollen, sind noch immer zwei- bis dreitausend eingekerkert. Etwa 300 Vereinigungen, die irgendwie «linker Tätigkeiten» verdächtigt waren, sind aufgelöst worden. Presse, Radio und Buchhandel stehen unter scharfer Zensur. Verwaltung und Gerichte, Schulen und Universitäten, ja sogar die Streitkräfte und die Polizei sind von «Fremdkörpern» gesäubert worden. Aber die Diktatoren haben sich damit alles andere als eine gediegene Grundlage im Volk zu schaffen vermocht. Heuchelei und Korruption sind in üppigster Pracht aufgeschossen. Und der tätige *Widerstand* ist nur in den Untergrund gedrängt worden. Das Bezeichnende ist dabei nach dem Bericht eines Mitarbeiters des Londoner «New Statesman» (20. Oktober), der in die Untergrundgruppen hineinkam, dass organisierter Widerstand nicht in erster Linie von Anhängern der jetzt natürlich auch verbotenen EDA (der Vereinigten Demokratischen Linken) geleistet wird, die ihrerseits ein Ersatz für die 1946 aufgelöste Kommunistische Partei war, sondern von Anhängern der früheren Zentrumsunion, also der Partei Papandreous, die alle Aussicht gehabt hatte, bei den Parlamentswahlen die Volksmehrheit hinter sich zu bringen. Die «Demokratische Verteidigung», wie die Untergrundbewegung genannt wird, ist

wohl von den Unterdrückungsmassnahmen der Regierung auch getroffen worden, scheint sich aber seit dem Sommer doch mehr und mehr über das ganze Land ausgedehnt zu haben und unfassbar ihre Propaganda, verbunden mit Anfängen von passivem Widerstand und Sabotage, planmässig auszuüben.

Die Regierungspropaganda vermag offenbar dagegen in keiner Art aufzukommen. An einer eigenen Ideologie, wie sie etwa der italienische Faschismus und der deutsche Nazismus hatte, fehlt es ihr vollständig, und mit der blossen Erzeugung nationalistischer Erregung, wie im Fall Zypern, wird sie auch keine grossen Geschäfte machen. Ihre schwächste Seite ist aber ihre Wirtschaftspolitik. Tatsache ist, dass Griechenland in einen wirtschaftlichen Notstand geraten ist, den zu beheben die Diktatoren sich bisher unfähig erwiesen haben. Die Industrieproduktion geht zurück. Mit Kapitalanlagen halten die Begüterten sichtlich zurück. Der Aussenhandel ist defizitär, der Fremdenverkehr hat im laufenden Jahr auffallend nachgelassen, und der bisher festgestellte Preisrückgang ist kein Gesundungszeichen, sondern Ausdruck des krisenhaften Zustandes der ganzen Wirtschaft, genau so wie die unzweifelhaft wachsende Arbeitslosigkeit und das Einfrieren der sowieso tiefstehenden Löhne.

Bei der äusseren Übermacht des Unterdrückungsapparats ist allerdings kaum mit einem baldigen Durchbruch der Widerstandsbewegung zu rechnen. Die Diktatur hofft jedenfalls, mit «Wahlen» unter einer neuen Verfassung im kommenden Jahr ihr Regiment festigen zu können. Aber ob sie auch nur die allernotwendigsten Kredite vom Ausland, besonders von den Vereinigten Staaten, erhalten wird, um der griechischen Wirtschaft wieder etwas auf die Beine zu helfen, ist unsicher. In den Reihen der Regierenden selber herrscht zudem keine Einigkeit über das weitere Vorgehen, so dass man dem König weitherum die Absicht zutraut, sich im günstig scheinenden Augenblick an die Spitze einer Widerstandsbewegung von oben zu stellen und sich aus der mehr als unbehaglichen Lage herauszuwinden, in die er sich durch seine eidbrüchige Duldung des Staatsstreiches selbst hineinmanövriert hat. Aber Konstantin überschätzt doch sehr wahrscheinlich die Geduld «seines» Volkes bedeutend. *Wenn* einmal die Diktatur einzustürzen beginnt, wird auch der Thron und sein Inhaber in den Zusammenbruch hineingerissen werden. Griechenland wird dann zwar keine sozialistische Demokratie werden, aber immerhin doch eine bürgerliche Republik, in der das Schwergewicht der Kräfte links von der Mitte zu liegen kommen dürfte.

Auf falschen Wegen Die «Grosse Koalition», der Bund der Sozialdemokraten mit den Christlichdemokraten zur Führung der *westdeutschen Regierungspolitik*, ist zu Anfang Dezember ein Jahr alt geworden. Aber es besteht bei den Koalitionsteilhabern wenig Lust zu Geburtstagsfeiern. Die Christlichdemokratische Union hat allerdings Grund, mit dem heutigen Zustand im Vergleich zu dem vor einem Jahr zufrieden zu sein; die sozialdemokratische Beteiligung an der Regierungsverantwortung hat sie vor dem offenen Bankrott ihrer Politik bewahrt. Aber eben darum ist in der Sozialdemokratischen Partei das Missbehagen über

dieses Ergebnis der Zusammenarbeit der beiden grossen Parteien weit verbreitet. Die Linke, getragen von einem wachsenden Teil der Intellektuellen und namentlich von einigen der stärksten Gewerkschaftsverbände (Metall, Chemie, Öffentlicher Dienst usw.), hat eine Zeitlang sogar ziemlich heftig aufbegehrt, und es ist da und dort zur Bildung besonderer «Arbeitsgemeinschaften sozialdemokratischer Gewerkschafter» gekommen, die von der Wandlung der SPD zur Allerweltpartei nichts halten und wieder eine klarere Vertretung der Anliegen des Arbeiter- und Angestelltenvolkes verlangen, was natürlich ohne eindeutige Ausrichtung auf eine sozialistische Wirtschaftsordnung unmöglich ist.

Die Parteileitung hat sich angesichts dieses Widerstandsgeistes genötigt gesehen, der SPD-Wählerschaft durch verstärkte Propaganda klarzumachen, was für einen Fortschritt die «Grosse Koalition» eben doch darstelle. An einer Konferenz in Bad Godesberg (dem Ort, wo seinerzeit auch das geltende, das Bekenntnis zum Sozialismus gründlich verwässernde Parteiprogramm beschlossen wurde) war es namentlich der Parteivorsitzende und Aussenminister Willy Brandt, der die Leistungen der Regierungsmannschaft herauszustreichen suchte, so gut oder so schlecht es eben ging, und die Ungeduldigen mit dem Hinweis tröstete, dass die Grosse Koalition nur eine praktisch-politische Gemeinschaft auf Zeit, das heisst bis zu den Neuwahlen im Jahr 1969, sei. Und es gelang der Parteiführung, mit dem skrupellosen Wehner als tatsächlichem Macher an der Spitze, auch ziemlich mühelos, die Kritiker zum schwächlichen Rückzug oder gar zum Schweigen zu bringen. Man erlebt es so immer wieder, dass in der westdeutschen Sozialdemokratie zwar gelegentlich recht kräftige Oppositionstöne angeschlagen werden, dass aber, wenn es gilt, die Folgerungen zu ziehen, fast immer wieder der ererbte und anerzogene Geist des Strammstehens vor der Obrigkeit durchbricht und der ganze Kampf ausgeht wie das sagenhafte Hornberger Schiessen. (In unserer schweizerischen Sozialdemokratie, wenigstens derjenigen der deutschen Schweiz, ist es übrigens kaum viel anders.) Man macht die Faust im Sack und gibt sich beruhigenden Selbsttäuschungen über die Reformierbarkeit der «ruhmreichen», nun aber gänzlich verbürgerlichten Partei August Bebel und Karl Kautskys hin...

Dabei liegt doch so klar auf der Hand, wie nötig die westdeutsche Politik, die von der SPD entscheidend mitgetragen wird, eine Erneuerung an Haupt und Gliedern hätte. Das Vertrauen auf einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung grossen Stils will nicht recht zurückkehren, wenn auch die Wunderwirkungen des überbordenden Spätkapitalismus immer noch die Augen der breiten Masse blenden. Ja, dem allgemeinen Rückgang der Wirtschaftstätigkeit hat sich noch die besondere Krise des Kohlenbergbaus zugesellt, der unter der Konkurrenz der Mineralöle schwer leidet. Die bereits erfolgte und die noch bevorstehende Schliessung unrentabler Zechen hat denn auch in der nordwestdeutschen Arbeiterbevölkerung eine fast revolutionäre Stimmung erzeugt. Der Bonner Berichterstatter der «Neuen Zürcher Zeitung» stellte anfangs November besorgt fest: «Das Ruhrgebiet war in den letzten Wochen neuerdings ein kochender Herd sozialer Unruhe. Die

Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, greift um sich und stellt – wie sich deutlich abzeichnet – eine wirkliche und dauerhafte Lösung des deutschen Kohlenproblems in Frage.»* Der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Schiller hat zwar einen Plan für die Überwindung der akuten Krise entworfen und durchgedrückt, aber von einer entschlossenen Wendung zur Plan- und Gemeinwirtschaft für die Energieerzeugung schreckt er natürlich ebenso zurück wie die weder christlichen noch demokratischen Partner der Sozialdemokraten in der Grossen Koalition. Alles, was er für zweckmässig findet, ist der «Übergang von der naiven zur aufgeklärten Marktwirtschaft» – sofern er sich darunter selber etwas Vernünftiges vorstellen kann.

Und die Sozialdemokraten lassen sich das ohne viel Aufmucken gefallen! Auch die berüchtigte «Notstandsgesetzgebung», die jetzt in verbesserter Form dem westdeutschen Parlament vorliegt, dürfte die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion finden, wenn schon der Gewerkschaftsbund nach wie vor «Bedenken» gegen ein als Staatsschutz verkleidetes Diktaturregiment für inner- oder aussenpolitische «Notstände» hegt und die grundsätzlichen, folgerichtigen Gegner des Gesetzgebungswerkes, voran der Metallarbeiterverband unter Otto Brenner, den Kampf weiterführen.

Wie verkehrt und verhängnisvoll erst recht die Aussen- und Deutschlandpolitik der Bonner Regierung ist, haben wir hier immer wieder klar gestellt und werden es auch künftig tun müssen. Dass auf diesem Gebiet, eingeschlossen die Stellung zur Politik militärischer Aufrüstung, kein Gesinnungswandel im westdeutschen Volk und in seinen Parteien eingetreten ist, die fluchbeladene Vergangenheit des zweiten und dritten Reiches also nicht bewältigt ist, liegt besonders klar am Tag. Bundeskanzler Kiesinger darf ungestraft all diejenigen als «Anerkennungspartei» in Verruf bringen, die dafür einstehen, dass die westdeutsche Regierung endlich auf alle Wunschträume von einer Erweiterung der deutschen Ostgrenzen in polnisches, tschechoslowakisches und sowjetisches Land hinein verzichten müsse. In seiner letzten Schrift zur deutschen Gesamtlage betont demgegenüber Professor Karl Jaspers mit Recht: «Wir brauchen auf nichts zu verzichten, was wir haben, aber wir müssen verzichten auf unsere Einbildungen. Daher ist eine Grundentscheidung notwendig statt der imaginären ‚kleinen‘ und ‚mittleren‘ Schritte auf eine Illusion zu... Sicher ist, dass in der Bundesrepublik das Ergebnis des Hitler-Deutschland-Krieges, in den heutigen Grenzen festgelegt, innerlich noch nicht allgemein anerkannt wird. Dieses Nichtanerkennen der Grenzen ist an sich eine Friedensbedrohung. Denn wenn ich eine Veränderung der Grenzen verlange, die de facto nicht stattfinden wird und bei keiner Überlegung zu erwarten ist, so bedeutet das, mag man sagen, was man will, aus der Natur der Sache eine Kriegsdrohung.»

Solche Stimmen dringen bisher weder in der westdeutschen Sozialdemokratie noch gar bei ihren Koalitionspartnern durch. Die Bonner Republik bleibt auch hier auf dem falschen Weg, den sie seit ihrer Schaffung als

* Grossbritannien hat ein ähnliches Problem. Infolge der Schrumpfung des Kohlenbergbaus rechnet man an zuständiger Stelle damit, dass bis 1980 die Zahl der Bergarbeiter auf einen Sechstel des heutigen Bestandes von 380 000 zurückgehen wird.

Werkzeug des Kalten Krieges gegangen ist. Kann das anders als mit einem neuen Unglück enden?

Droht auch der *britischen* Regierung auf ihrer bisherigen politischen Linie Unglück? Es ist noch zu früh, ein Urteil über die Folgen der *Pfundabwertung* abzugeben. Und auch unser Raum verbietet ein näheres Eintreten auf die ganze Operation. Aber soviel darf und muss doch auch hier festgestellt werden, dass die Labourregierung kaum eine andere Wahl hatte, als zu diesem typisch kapitalistischen Eingriff in den kranken Wirtschaftskörper zu greifen, weil sie eben von Anfang an unter dem geschmeizynischen Opportunisten Wilson lediglich Handel und Wandel Grossbritanniens auf dem Boden der *bestehenden*, der bürgerlich-konservativen Ordnungen ins Gleichgewicht bringen wollte, statt eine *sozialistische* Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft zu erstreben. Was wir schon in unserer November-Rundschau darüber sagten, wird durch die Pfundabwertung und ihre Hintergründe überraschend bestätigt. Darüber kann auch die Abdankung der Labourlinken vor der fertigen Tatsache der Geldabwertung nicht hinwegtäuschen!

Revolution gestern Im Oktoberheft unserer «Blätter für den Kampf der Zeit» versuchte ich, wenigstens in grossen Zügen, die Bedeutung der *Russischen Revolution von 1917* und dessen, was aus ihr hervorgegangen ist, klarzustellen. Inzwischen sind die pompösen Festlichkeiten in Moskau und anderwärts wieder verrauscht. Aber es ist nicht ohne Reiz, noch etwas bei dem Echo zu verweilen, das schon die Vorbereitung und dann die Durchführung der sowjetischen Revolutionsfeiern im Westen geweckt hat.

Im grossen ganzen war dieses Echo keineswegs betont unfreundlich. Man befliss sich rückblickend in Presse und Radio der kapitalistischen Welt einer oft erstaunlichen Sachlichkeit, wenn man feststellte, dass es den Kommunisten doch gelungen sei, in ausserordentlich kurzer Zeit die Lebensbedingungen des russischen Volkes umzugestalten, die Sowjetunion zu einer erstrangigen modernen Industriemacht zu erheben, ihrem früher von ungebildeten Muschiks bewohnten Land ein vielfach beispielhaftes Volksbildungswesen und einen kostenfreien Gesundheitsdienst zu geben und eine erhebliche Rechts- und Ordnungssicherheit zu gewährleisten. Vielgelesene amerikanische Zeitschriften, auch einige in Westeuropa, haben Sondernummern über die Sowjetunion herausgebracht, und eine der führenden Kinogesellschaften der USA hat sogar einen grossen Film über die Oktoberrevolution gedreht, der freilich – ich habe ihn nicht gesehen – diese «Geschichtswende» fast verharmlosen soll. Auf jeden Fall hat man von den Leidenschaften des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion bei diesem Anlass wenig merken können – ein neues Zeichen dafür, wie wenig mehr man sich im Westen vor dem russischen Kommunismus fürchtet, der seine Rolle als Menschheitsfeind Nr. 1 eben an «Rotchina» abgetreten hat . . .

Natürlich wird in der «freien» Welt das ganze sowjetische Staats- und Wirtschaftssystem nach wie vor entschieden abgelehnt. Aber das geschieht

doch weithin in recht vorsichtigen Formen. Sogar die «Neue Zürcher Zeitung» (5. November) will sich nur «zumindest für einen Augenblick überlegen, ob Russland heute nicht auch eine Weltmacht ersten Ranges wäre, wenn 1917 nicht Bolschewisten, sondern Radikaldemokraten oder Liberale gesiegt hätten. Die Wirtschaft des Zarenreiches entwickelte sich zwischen 1900 und 1914 rascher als diejenige der Vereinigten Staaten... Der unsägliche Menschen- und Materialverschleiss der Stalinschen Industrialisierung hätte sich vermeiden lassen». Und auf sozialdemokratischer Seite gibt man sich überzeugt, dass alles Gute, was in der Sowjetunion geschaffen wurde, noch viel besser geworden wäre, wenn statt der kommunistischen Diktatur Anno 1917 oder später ein demokratischer Sozialismus durchgebrochen wäre.

Es ist zwar auch hier eine fragwürdige Sache, darüber zu spekulieren, was geworden wäre, *wenn* dieses oder jenes Ereignis nicht stattgefunden hätte, diese oder jene Entscheidung anders gefallen wäre. Aber man kann, ja muss dennoch die Gründe anführen, die es mindestens *verständlich*, wenn nicht notwendig gemacht haben, dass die Partei Lenins damals die Zügel der Regierung ergriff – mit einem (nebenbei gesagt) überraschenden Mindestmass an Opferung von Menschenleben. Die Regierung des Sozialdemokraten Kerenskij stand tatsächlich auf ganz schwachen Füßen und war vollkommen unfähig, die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen. Der gegenrevolutionäre Staatsstreich, den Kornilow versucht hatte, hatte die Lage blitzartig beleuchtet. «Die Massen des Volkes», so stellt Valentin Gitermann in seiner Geschichte Russlands (dritter Band) fest, «überzeugten sich mit eigenen Augen davon, dass die von Kerenskij präsidierte Koalitionsregierung der Kadetten, Sozialrevolutionäre und Menschewiki nicht imstande war, einen Anschlag der Reaktion abzuwehren. Um von Kornilow nicht gestürzt zu werden, war Kerenskij genötigt, die Bolschewiki, die er selber wenige Wochen vorher als Staatsfeinde gebrandmarkt hatte, schalten und walten zu lassen, die Aufstellung einer proletarischen ‚Roten Garde‘ und deren Bewaffnung zu dulden.» Die Gegner der Bolschewiki wollten «nicht begreifen, dass mit einer bürgerlich-menschewistischen Regierungskoalition, die den Krieg fortsetzen und die bestehenden Eigentumsverhältnisse konservieren wollte, in Russland nichts mehr anzufangen war.» Lenin zog aus dieser Lage einfach die sich aufdrängenden Folgerungen. Klar erkannte er, dass jetzt etwas grundlegend Neues, mit sozialistischer Zielsetzung, geschaffen werden müsse, während die bürgerlichen und sozialdemokratischen Reformer noch immer wähten, dass Russland erst an der Schwelle des bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters stehe, das durchlaufen werden müsse, bis man an so etwas wie Sozialismus denken könne.

Wenn aber eine sozialistische Umwälzung in Russland zur Notwendigkeit geworden war, trotz allen Theorien von der «gesetzmässigen» Stufenfolge Feudalismus – Kapitalismus – Sozialismus, dann war auch die Aufrichtung einer diktatorisch handelnden zentralisierten Staatsgewalt unausweichlich, was allerdings nicht das gleiche ist wie Terror und körperliche Ausrottung von Widerstandsgruppen. Die Voraussetzungen für eine Demokratie westlichen Charakters waren im Russland der beginnenden zwanziger

Jahre ganz einfach nicht vorhanden. Der Krieg hatte unsägliche Verwüstungen hinterlassen. Die Notlage der Bevölkerung war entsetzlich. Die Masse der Bauern und auch der Arbeiter war kaum des Lesens und Schreibens kundig. Vom Ausland kam für Russland weder materielle noch moralische Hilfe, wohl aber tödliche Feindseligkeit und neuer Krieg. Die Opfer, die darum der Aufbau einer modernen Industrie und die Kollektivierung der Landwirtschaft vom Volk verlangte, wären niemals gebracht worden, wenn dafür jedesmal parlamentarische Verhandlungen und Parteibeschlüsse nötig gewesen wären. Eine solche harte Disziplin konnte nur durch Befehl von oben erzwungen werden. Darauf legte besonders auch Professor Laski, der berühmte englische Sozialforscher, in seinem Buch «Reflections on the Revolution of our time» damals grosses Gewicht. «Ich glaube nicht», so bemerkte er wohl mit Recht, «dass irgendeine Regierung ausser einer Diktatur gewagt hätte, den Versuch dazu zu machen und dann nur einer Diktatur, die von einem machtvollen religiösen Glauben an die unbedingte Richtigkeit ihrer Überzeugungen beseelt sein musste. Wer immer sich daran erinnert, wie hoch der Preis war, den Westeuropa für die durch die industrielle Revolution geforderte Disziplin zahlen musste und der die leidenschaftliche Protestliteratur gelesen hat, die dieser Umschwung hervorrief, kann sich auch allmählich etwas von dem Ausmass des Experiments vorstellen, das die Sowjetführer versucht haben. Wenn einmal die Grundentscheidung angenommen ist, es zu versuchen, so glaube ich nicht, dass es hätte mit demokratischen Mitteln durchgeführt werden können». In seiner Altersschrift «Ein Kampf um die Menschwerdung» (1922) erinnerte Herman Greulich daran, was für Opfer der junge Kapitalismus auch in der Schweiz von der Arbeiterschaft verlangte mit allgemeiner Kinderarbeit und einer Erwachsenenarbeit von über 13 Stunden täglich noch bis 1859, dem Jahr, in dem das endlich verboten wurde. «Die Fabrikanten erklärten, damit werde ihre Konkurrenzfähigkeit untergraben und die Industrie ruiniert. Einsichtige Männer aber sahen sich zu der Wahrnehmung veranlasst, dass die Industrie in 50 Jahren vier Generationen von Arbeitern verbraucht habe.» Eine ähnliche Feststellung hatte Karl Marx schon für die britische Textilindustrie getroffen.

Die westlichen «Demokratien», die sich mit dem zaristischen Absolutismus zur Ausbeutung des russischen Volkes der Bauern und Arbeiter verbündet hatten, sind mitschuldig daran, dass von einer Selbstbestimmung dieses Volkes am Ende des Ersten Weltkrieges gar keine Rede sein konnte. Und mit ihrer offenen wie verschleierte Bekriegung des russischen Revolutionsregimes, wie sie jahrzehntelang betrieben wurde, ja noch immer nicht eingestellt ist, haben diese famosen Demokratien aufs wirksamste mitgeholfen, die Diktatur in der Sowjetunion als Mittel der Verteidigung gegen die Bedrohung von aussen zu festigen, wann immer versucht wurde, sie zu lockern. Der Stalinismus mit seiner grausamen Industrialisierungspolitik wäre ohne den Kalten Krieg Westeuropas und Amerikas gegen die Sowjetunion überhaupt nicht denkbar gewesen. (Ich habe hier früher einmal diesen Zusammenhang einlässlich dargestellt.) Und es gibt zu denken, dass ein Mann

wie Jules Humbert-Droz, der viele Jahre lang in der halben Welt für den Kommunismus gearbeitet hat, dann aber von ihm doch abgesprungen ist, heute sagen muss (in einer Unterredung mit der Zeitschrift «Neutralität», Heft 5/6 1967): «Ich bin überzeugt, Russland hätte sich (ohne Gewaltrevolution und Diktatur. H. K.) nie so entwickelt, dass es die zweite Grossmacht der Welt geworden ist. Hätte es nicht die Sowjetunion gegeben, so wäre Hitler nie besiegt worden.»

. . . . und heute Dabei sei noch gar nicht näher untersucht, wieweit die Länder des Westens überhaupt noch befugt seien, sich freie Demokratien zu heissen. Denn dass auch der Spätkapitalismus mit seinem ganzen unsittlichen Grund- und Überbau, mit seinem hemmungslosen Gewinnstreben, seiner Gewalttätigkeit und Ausbeuterei ein ausgesprochenes Diktaturregiment ist, das ist doch nachgerade eine Binsenwahrheit geworden, obwohl es die Westvölker in ihrem Wohlstandsduel meistens noch immer nicht merken. Und was von *politischer* Freiheit und Demokratie unter dem Druck dieser wirtschaftlichen und sozialen Klassenherrschaft noch übrig ist (von den trügerischen äusseren Formen abgesehen), darauf sei gleichfalls nicht weiter eingetreten. Nur im Vorbeigehen sei erwähnt, dass in den kapitalistischen Ländern die Presse (im Grund auch Radio und Fernsehen) alles andere geworden ist als ein Mittel freier politischer Willensbildung eines mündigen Volkes. Das ist so offenkundig, dass es in diesem Zusammenhang kaum mehr als eines knappen Hinweises auf die verhängnisvolle Entartung des westeuropäisch-amerikanischen Zeitungswesens bedarf. Der Zug zur «Boulevardpresse» und zur Bildung einheitlich-diktatorisch geleiteter Pressekonzerne hat ja von Amerika über England, Frankreich und Westdeutschland (Springerkonzern!) auch die Schweiz erfasst und wird sich voraussichtlich immer mehr verstärken.

Kurz, der Westen hat wahrlich keine Ursache, Steine auf die östlichen Diktaturen zu werfen, sitzt er doch längst selber im Glashaus. Um so betrüblicher ist es, dass mindestens in den Ländern des *Sowjetblocks*, mit Russland an der Spitze, die Kräfte und Antriebe einer *sozialistischen Revolution* der gesellschaftlichen Ordnungen in auffallendem Mass zu *erlahmen* drohen. K. S. Karol, der als junger, aus Polen gekommener Kommunist manches Jahr in der Sowjetunion gelebt hat, spricht dazu im Londoner «New Statesman» (3. November) wieder ein erfreulich offenes Wort. Der «schlummernde Idealismus» früherer Tage, so glaubt er feststellen zu müssen, habe sich in der Sowjetunion «mit dem Aufkommen materiellen Wohlstandes zurückgezogen, während Vorurteile aller Art noch üppiger blühen. Die einstige stalinistische Mystik ist nicht durch ein anspruchsvolleres und freieres sozialistisches Denken ersetzt worden. Sie hat sich in der Heissluft neuer Schlagworte verflüchtigt, die keinen Menschen mehr anziehen, und eine Art Leerraum zurückgelassen, den jeder ausfüllt, so gut er kann; die einen kehren sich der Religion zu, andere werden Antisemiten oder Gegner der gelben Rassen, und wieder andere werden einfach selbstsüchtig und zynisch. Zugegeben: es gibt in der Sowjetunion eine Minder-

heit junger Nonkonformisten, die den allgemeinen Unglauben verwerfen. Aber leider sprechen alle Anzeichen dafür, dass die grosse Mehrheit der russischen Bürger für die öffentlichen Angelegenheiten keinerlei Anteilnahme aufbringt.»

Das ist – besonders aus solchem Mund – ein hartes Urteil; aber es bestätigt uns nur, was wir schon lange wissen und immer wieder gesagt haben. Karol beklagt besonders, dass die grosse Mehrheit der russischen Intelligenz sich dem gegenwärtigen Regime entfremdet und sich in eine unpolitische Haltung geflüchtet habe. Die Angehörigen der sowjetischen Bildungsschicht seien trotz Vietnam und allen anderen Sünden des Westens von den nicht-sozialistischen Lebensformen fasziniert und begehrten, freien Zugang zur weltweiten Kultur wie auch ein eigenes freies Leben ohne Staatszensur zu bekommen. Aber die Regierenden hätten eben keinerlei Verständnis für solches Streben. «Sie sind hinter der Entwicklung ihres Landes zurückgeblieben, in dem mehr als die Hälfte aller Menschen jetzt Stadtbewohner sind, in dem es keine Analphabeten mehr gibt und die Gebildeten nach Millionen zählen. Sie möchten den jetzigen Zustand in der Politik aufrechterhalten, weil sie fürchten, dass jede wirkliche Liberalisierung nur ihre Macht in Frage stellen könnte.» Karol hält es für völlig erwiesen, «dass die Masse des russischen Volkes von einem grossen Verlangen nach sozialistischer Freiheit beseelt ist», und hofft, das Volk Sowjetrusslands werde «bald nicht ‚mehr und mehr wie wir‘ (im Westen) werden, sondern ‚mehr und mehr wie der sozialistische Mensch‘, den zu schaffen die Revolution verheissen hat.»

Man muss auf solche Feststellungen aufmerksam achten. Sie legen bloss, was am osteuropäischen Kommunismus wurzelhaft krank ist, ohne freilich überzeugende Heilmittel angeben zu können. Denn mit blosser Gewährung menschlicher und politischer Freiheitsrechte und mit Anpassung der Regierungsformen an die Erfordernisse des modernen Lebens ist es ja nicht getan, so wichtig das sicher auch ist. Der «sozialistische Mensch», der – wie der Kritiker des konservativen Geistes der Moskauer Machthaber erwartet – den «Glauben an den revolutionären Wert einer sozialistischen Ethik» wiedergewonnen hat, wird nach *unserer* Überzeugung ein Mensch sein müssen, der die Grundwahrheiten der christlichen Botschaft wiederentdeckt und zu leben begonnen hat. Das schliesst aber eine neue, diesmal zum Kern und Quell auch des Gemeinschaftslebens in Staat und Wirtschaft vorstossende Revolution in sich, von der die Träger und Propagandisten des kommunistischen Glaubens heute kaum mehr Ahnung haben als ihre Kritiker im Lager des westlichen Sozialismus – seiner radikalen Spielart ebenso wie des verbürgerlichten Sozialdemokratismus der kapitalistischen Länder. *Diese* Revolution vorzubereiten, gehört zu den wichtigsten Aufgaben, die unserer Zeit überhaupt gestellt sind. Und die «Neuen Wege» werden auch im kommenden Jahr bemüht sein, ihren, wenn auch noch so bescheidenen Teil an ihre Erfüllung beizutragen.

Anfang Dezember

Hugo Kramer